

**Protokoll
über die 3. Sitzung des Rates
vom 10.03.2022
Museum und Park Kalkriese
Tagungs- und Besucherzentrum
- Obergeschoss -
Venner Straße 69
49565 Bramsche – Kalkriese**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Vorsitzender

Herr Winfried Müller

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

bis 20.35 Uhr (TOP 10.2) anwesend

Herr Ralf Bergander

Herr Stephan Bergmann

Herr Karl-Georg Görtemöller

Frau Ute Johannis

Herr Thorsten Karssies

Herr Richard Keib

Herr Christian Lübbe

Frau Anette Marewitz

Herr Oliver Neils

Frau Lisa Pörtge

Herr Lars Rehling

Frau Silke Schäfer

Herr Ralf Seeleib

Herr Dr. Harald Wegner

Herr Dr.-Ing. Benjamin Weinert

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding

Frau Monika Bruning

Herr Heiner Hundeling

Frau Silke Kuhlmann

Frau Imke Märkl

Herr Andreas Quebbemann

Herr Oliver Reyle

Frau Katrin von Dreele

Herr Matthias Waldkötter

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Frau Angelika Ballmann
Herr Jens Kerntopf
Frau Barbara Pöppe
Herr Matthias Reyl
Herr Dieter Sieksmeyer
Frau Miriam Thye

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jürgen Kieseckamp
Frau Anke Wittemann

bis 20.45 Uhr (TOP 10.4) anwesend
bis 20:45 Uhr (TOP 10.4) anwesend

Mitglied Die Linke

Herr Patrick Wenndorf

Verwaltung

Frau Sonja Bodensiek
Herr BD Christian Müller
Herr Udo Müller

Protokollführer

Herr Andree Pfänder

Abwesend:

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Ernst-August Rothert

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer

Mitglied AfD

Herr Mark Mecklenburg

Beginn: 18:00

Ende: 21:08

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 04.11.2021 und 09.12.2021
- 4 Bericht des Bürgermeisters
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen; hier: Ausschuss für Schule und Jugend

6.1	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Jugend. Hier: Schülervertreterin	WP 21-26/0072
6.2	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Jugend. Hier: Elternvertreterin	WP 21-26/0083
7	Antrag der SPD-Fraktion "Einsparung und Kompensation der CO2-Emissionen bei städtischen Veranstaltungen"	WP 21-26/0075
8	Antrag der CDU Fraktion - Photovoltaikoffensive Bramsche 2022	
9	Antrag Bündnis 90/Die Grünen Fraktion auf Einführung und Umsetzung einer Förderrichtlinie "naturnahes Bramsche" - freiwilliger Natur- und Umweltschutz der Stadt Bramsche	
10	Haushaltsplan 2022	WP 21-26/0040
10.1	Haushaltsplan 2022	WP 21-26/0040-1
10.2	Haushaltsplan - Stellenplan 2022	WP 21-26/0081
10.3	Neuberechnung der Ortsratsmittel zur Wahlperiode 2021/2026	WP 21-26/0033-1
10.4	Neuberechnung der Verfügungsmittel zur Wahlperiode 2021/2026	WP 21-26/0034-1
11	Offenes Ganztagsangebot der Grundschule Bühner-Bach-Schule Achmer	WP 21-26/0067
12	Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige Erneuerung "Bramsche - Erweiterung Bahnhofsumfeld" Hier: Beschluss über die Änderungssatzung des erweiterten Sanierungsgebiets gem. § 142 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	WP 21-26/0079
13	Beantwortung von Anfragen	
14	Anfragen und Anregungen	
15	Einwohnerfragestunde	

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

RV Müller begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er nimmt Stellung zum Krieg der russischen Föderation gegen die Ukraine und verurteilt das völkerrechtswidrige Verhalten. Er bittet um eine Gedenkminute an die Opfer des Krieges.

RM Neils erläutert, dass die Mitglieder der SPD Fraktion die Sitzungsgelder für die heutige Sitzung komplett zu Gunsten einer Hilfsorganisation spenden werden und regt an, dass auch die anderen Fraktionen über eine solche Aktion nachdenken könnten.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Neu TOP 9:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einführung und Umsetzung einer Förderrichtlinie „naturnahes Bramsche“ – freiwilliger natur- und Umweltschutz der Stadt Bramsche

Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend nach hinten.

Abstimmungsergebnis: 36 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 3 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom
04.11.2021 und 09.12.2021

RM Quebbemann bittet um Ergänzung des Protokolls zur 01. Sitzung vom 04.11.2021 unter TOP 22 auf Seite 19 um folgenden Satz:

RM Kieseckamp stellt die These auf, dass Einzelkinder nicht ausreichend sozialisiert sind.

RV Müller lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 04.11.2021 mit der o.g. Ergänzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen
0 Enthaltungen

RV Müller lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2021 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

TOP 4 Bericht des Bürgermeisters

BGM Pahlmann teilt mit, dass zwischenzeitlich die ersten Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Bramsche angekommen sind.

Es wurde eine Koordinierungsstelle unter Federführung der Ehrenamtsbeauftragten Frau Stuckenberg sowie des Vereins Amal e.V. eingerichtet.

Der Verein Amal e.V. leistet hier großartige Arbeit und koordiniert sowohl Spendenaktionen als auch die Unterbringung der Menschen in privaten Zimmern oder Wohnungen.

Zudem werden Flüchtlinge auch in der LAB in Hesepe untergebracht.

Zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) erläutert BGM Pahlmann, dass in der durchgeführten hybriden Infoveranstaltung am 04.03. eine recht hohe Bürgerbeteiligung zu verzeichnen gewesen sei.

Die vier vorrangig umzusetzenden Themenbereiche sind Barrierefreiheit, ÖPNV, Fahrrad- und Autoverkehr.

Die Ergebnisse/Einwürfe aus der Veranstaltung am 04.03. werden in den VEP eingearbeitet. Im weiteren Ablauf ist eine Beschlussvorlage zum VEP für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt zum 09.06. sowie für die Ratssitzung am 23.06.2022 geplant. RM Quebbemann fragt, ob auch die Ortsräte am Verkehrsentwicklungsplan beteiligt werden. BD Müller antwortet, dass die Beteiligung der Ortsräte vorab in der nächsten Sitzungsrunde (überwiegend im Mai) erfolgen werde.

BGM Pahlmann berichtet, dass das anstehende Jubiläum „925 Jahre Bramsche“ im Rahmen eines verlängerten Stadtfestwochenendes vom 26. – 29.05.2022 mit verschiedenen Aktionen gefeiert werden soll.

Zuvor ist eine Veranstaltung am 25.05.2022 zum 50.-jährigen Jubiläum der Gebietsreform geplant, zu der u.a. die Ratsmitglieder, die Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister sowie handelnde Personen der damaligen Zeit eingeladen werden.

Der NDR plant weiterhin eine Veranstaltung „Bramsche als Sportstadt“, welche ursprünglich bereits im letzten Jahr geplant war. Als mögliche Termine kommen der 13. oder 20.08.2022 in Betracht.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 6 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen; hier: Ausschuss für Schule und Jugend

TOP 6.1 Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Jugend. Hier: Schülervertreterin WP 21-26/0072

Beschlussvorschlag:

Der Rat fasst über die Besetzung des Schülervertreeters für den Ausschuss für Schule und Jugend gem. § 71 Abs. 5 NKomVG den Feststellungsbeschluss.

Schülervertreterin wird Kathrin Remche, Realschule Bramsche. Im Übrigen bleibt die Besetzung des Ausschusses unverändert.

Herr Udo Müller erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
36 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 6.2 Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Jugend. Hier: Elternvertreterin WP 21-26/0083

Beschlussvorschlag:

Der Rat fasst über die Besetzung des Vertreters der Erziehungsberechtigten für den Ausschuss für Schule und Jugend gem. § 71 Abs. 5 NKomVG den Feststellungsbeschluss.

Vertreterin der Erziehungsberechtigten wird Frau Daniela Görtemöller. Im Übrigen bleibt die Besetzung des Ausschusses unverändert.

Herr Udo Müller erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	36 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	0 Enthaltungen

TOP 7 Antrag der SPD-Fraktion "Einsparung und Kompensation der CO2-Emissionen bei städtischen Veranstaltungen" WP 21-26/0075

Beschlussvorschlag:

Alle städtischen Veranstaltungen werden ab dem Jahr 2022 über einen klimaneutralen Strommix organisiert. Darüber hinaus werden die durch den Stromverbrauch entstandenen CO2-Emissionen finanziell kompensiert. Daraus entstehende Mehrkosten, die aufgrund des höheren Strompreises für teilnehmende Schausteller entstehen können, sollen bis auf weiteres durch den städtischen Veranstalter getragen werden.

RM Dr.-Ing. Weinert erläutert die Vorlage.

Durch die Umstellung des Strommixes auf klimaneutralen Strom ergeben sich somit CO2 Einsparungen von ca. 10 Tonnen pro Jahr und somit eine Kompensationssumme von ca. 7.000,- Euro (bei Kosten von 698 Euro pro Tonne CO2). Diese Summe soll als zusätzliche Budget für die Förderung zur Anschaffung von Lastenfahrrädern aufgenommen werden.

RM Sieksmeyer sieht in dem Antrag eher eine symbolische Bedeutung. Ziel sollte es sein, den Anteil erneuerbarer Energie im Strommix zu erhöhen. Gleichwohl hält er den Antrag für zustimmungswürdig, da ja immerhin ein kleiner Betrag eingespart wird, welcher der Förderung von Lastenfahrrädern zu Gute kommen soll.

RM Kuhlmann sieht ebenfalls die Reduzierung der Treibhausgasemission als wichtigstes Ziel an. Eine Förderung von Lastenfahrrädern sei da aber nicht die wirkliche Alternative, zumal es hierfür bereits anderweitige Förderprogramme gebe. Sinnvoller sei es, dann in zukunftssträchtige alternative Stromerzeugung zu investieren. Hierauf zielt der Antrag der CDU zur Photovoltaikoffensive ab.

RV Müller lässt über den Antrag der SPD-Fraktion zur Einsparung und Kompensation der CO2-Emission bei städtischen Veranstaltungen gem. des Beschlussvorschlages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
25 Stimmen dafür
10 Stimmen dagegen
1 Enthaltungen

TOP 8 Antrag der CDU Fraktion - Photovoltaikoffensive
Bramsche 2022

Hinweis der Verwaltung: Der Antragsteller ist darauf hingewiesen worden, dass unter diesem Tagesordnungspunkt keine Beschlüsse gefasst werden können, da der Antrag für die nach § 76 Abs. 1 NKomVG erforderliche Vorberatung im Verwaltungsausschuss gemäß § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates verfristet ist. Soweit der Antrag sich auf die Veranschlagung von Haushaltsmitteln bezieht, kann er als Sachantrag unter dem Tagesordnungspunkt Haushaltsplan 2022 beraten werden.

RM Quebbemann erläutert den Antrag der CDU Fraktion.

Er betont, dass seitens der Ratsmehrheit leider keine eilbedürftig zu diesem Antrag gesehen werde, so dass aufgrund einer fehlenden Vorberatung im Verwaltungsausschuss leider keine Abstimmung über den Antrag erfolgen kann.

Trotzdem plädiert er dafür, die lt. Antrag vorgeschlagenen 80.000,- Euro in den Haushalt aufzunehmen.

RM Quebbemann betont, dass es sich bei dem Antrag der SPD Fraktion zur Einsparung und Kompensation der CO2 Emission um reine Symbolpolitik handelt.

Der Antrag der CDU Fraktion hingegen beinhaltet einen konkreten Verbesserungsvorschlag in Sachen Klimapolitik sowie zur CO2-Reduzierung.

Es sei ein Wahnsinn, dass z.B. das Dach der frisch sanierten DGA in Achmer nicht für Photovoltaiktechnik genutzt werde, obwohl es sich von der Ausrichtung und Dachneigung her geradezu ideal dafür eigne.

Im Haushalt 2023 sollten insgesamt 80.000 Euro für eine „Photovoltaikoffensive“ eingestellt und dann in enger Kooperation zwischen der Verwaltung und den Stadtwerken anhand objektiver Kriterien fachmännisch ermittelt werden, welche Dachflächen der zahlreichen städtischen Gebäude sich für eine Installation von Photovoltaiktechnik eignen und dort dann auch Anlagen errichtet werden. Hierbei sind Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte wie ein möglicher Eigenverbrauch zu berücksichtigen.

RM Sieksmeyer begrüßt den Antrag grundsätzlich und hält es ebenfalls für sinnvoll, geeignete Dachflächen ggf. für Photovoltaiktechnik zu nutzen.

Allerdings sollte eine Realisierung über die Stadtwerke Bramsche erfolgen, welche das notwendige Know-How hierfür besitzen und mit dem Thema Installation und Förderung von Photovoltaikanlagen ohnehin schon betraut sind.

RM Keisekamp ist der gleichen Meinung wie RM Sieksmeyer und betont, dass dieses Thema bei den Stadtwerken sehr gut aufgehoben sei.

TOP 9 Antrag Bündnis 90/Die Grünen Fraktion auf Einführung
und Umsetzung einer Förderrichtlinie "naturnahes
Bramsche" - freiwilliger Natur- und Umweltschutz der
Stadt Bramsche

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach dem Vorbild der Stadt Melle eine Förderrichtlinie aufzulegen, mit der die Anlage naturnaher Gärten, die Extensivierung von Gewässerrandstreifen auf Ackerland und Investitionen in Naturschutzmaßnahmen gefördert werden.

Gefördert werden sollen Privatpersonen, landwirtschaftliche Betriebe sowie Vereine und Naturschutzstiftungen.

Im Haushaltsplan 2022 wird hierzu unter dem Produkt 56101 „Allgem. Natur- und Umweltschutz“ ein Ansatz von 20.000,- Euro gebildet.

RM Sieksmeyer erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einführung und Umsetzung einer Förderrichtlinie „naturnahes Bramsche“ – freiwilliger Natur- und Umweltschutz der Stadt Bramsche.

RM Quebbemann erwidert, dass nach seiner Rücksprache mit der Stadt Melle die Erfahrungen dort eher durchwachsen sind, da die Antragstellung einen sehr hohen Bürokratieaufwand bedeute. Er schlägt vor, die Förderung bestimmter Maßnahmen eher über die Ortsräte als Zuschüsse an Vereine und Verbände etc. abzuwickeln.

RM Bergander ergänzt, dass es mit den vorgeschlagenen 20.000,- Euro im Haushalt ja nicht getan wäre. Es müsse auch jemand in der Verwaltung die Richtlinie erarbeiten und die Förderanträge bearbeiten.

Hierzu fehlt schlicht und ergreifend das Personal im zuständigen Fachbereich 4.

RV Müller lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. des dort formulierten Beschlussvorschlages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür
 30 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 10 Haushaltsplan 2022

WP 21-26/0040

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan mit seinen Teilhaushalten und Einzelfestsetzungen für das Haushaltsjahr 2022, die fortgeschriebene Finanzplanung für den Finanzplanungszeitraum 2023-2025 und die Haushaltssatzung (s. Anlage „Haushaltssatzung“) werden in Gestalt der fortgeschriebenen Veränderungsliste beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan mit seinen Teilhaushalten und Einzelfestsetzungen für das Haushaltsjahr 2022. Die fortgeschriebene Finanzplanung für den Finanzplanungszeitraum 2023 bis 2025 und die Haushaltssatzung (siehe Anlage „Haushaltssatzung“) werden in Gestalt der fortgeschriebenen Veränderungsliste beschlossen.

RM Reyl erläutert die Beschlussvorlage zur Verabschiedung des Haushaltsplanes ausführlich.

RM Lübke erklärt diverse einzelne Haushaltspositionen und deren Hintergründe.

Wie immer, seinen alle Ansätze ausgiebig diskutiert und vorsichtig ermittelt worden.

Es sei gelungen, ein robustes finanzielles Fundament mit Investitionen aufzustellen, welche sich auszahlen werden. Insgesamt sei es ein solider Haushalt, welcher eine klare sozialdemokratische Handschrift trage.

RM Lübke bedankt sich bei allen an der Aufstellung des Haushaltes beteiligten Personen aus Politik und Verwaltung, insbesondere bei Frau Bodensiek.

RM Sieksmeyer schließt sich dem Dank an die beteiligten Personen an und betont auch die gute interfraktionelle Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes.

Aufgrund einer „Schlafmützenpolitik“ der Mehrheitsparteien und der Verwaltung werde jedoch der Ausbau der dringend notwendigen regenerativen Energien verschleppt.

Es sei dringend notwendig, die Zeitwände in der Energieversorgung einzuleiten; ein Thema, welches die Grünen in Bramsche bereits seit Jahren fordern.

Dieses Thema sollte in Bramsche zur Chefsache mit hoher Priorität gemacht werden.

RM Sieksmeyer spricht sich dafür aus, dass in Bramsche weitere Flächen für die Entwicklung/Erweiterung von Windkraftanlagen sowie für Photovoltaikfreiflächen ausgewiesen werden.

Hier gebe es Landwirte, welche entsprechende Flächen zur Verfügung stellen würden und bereit wären, in entsprechende Photovoltaikflächen zu investieren. Leider würden diese Pläne aber bislang durch die Stadt Bramsche blockiert.

RM Sieksmeyer betont, dass die Bündnis 90/Die Grünen Fraktion über die noch abzustimmende Veränderungsliste insgesamt vier Anträge eingereicht habe, wobei sich durch geforderte Verkäufe von Grundstücksflächen zur Wohnbebauung (Heinrichstraße/Große Straße sowie im Bereich Böhrener Esch) und dem Verzicht auf den Ankauf weiterer Grundstücksflächen (Bodenvorratspolitik) sowie den Verzicht auf die Ausweisung neuer Gewerbeflächen insgesamt ca. 1,5 Mio Einsparungen bzw. Mehreinnahmen erzielt werden könnten.

RM Wittemann erklärt, dass es u.a. vorrangiges Ziel sei, an der Haupt- und Realschule einen bedarfsgerechten Anbau in passender Größe zu erstellen. Ggf. sei es notwendig, hier auch bereits vorhandene Grundstücke an der Heinrichstraße in die Überlegungen einzubeziehen. Insofern sei ein voreiliger Verkauf dieser Flächen nicht angebracht.

Ein weiteres Ziel der FDP-Fraktion sei es, die Innenstadt (Fußgängerzone und Verbindungswege) möglichst barrierefrei umzugestalten. Hierzu verweist sie auch auf den Entwurf des Verkehrsentwicklungsplanes, welcher diese Problematik ebenfalls benennt.

RM Bergander widerspricht dem von RM Sieksmeyer geäußerten Vorwurf der „Schlafmützenpolitik“.

Bzgl. der Windkraftanlagen gehe er mit der Forderung der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion konform. Zu den geforderten Freiflächen für Photovoltaikparks habe er jedoch eine völlig andere Sichtweise. Hier bedarf es einer vernünftigen Planung und Ausweisung entsprechender Flächen über den Flächennutzungsplan.

Es handelt sich um einen massiven Eingriff in die Landschaft. Mit der Schaffung solcher Photovoltaikparks soll seitens der Betreiber und Investoren natürlich in erster Linie Geld verdient werden. Es könne nicht sein, dass einfach die erstbesten Antragsteller entsprechende Pläne irgendwo verwirklichen können.

Vielmehr solle hier, wie auch bei der Ausweisung der Windparks geschehen, vernünftig abgewogen werden, wo und in welcher Anzahl und Größe passende Flächen für Photovoltaikfreiflächen ausgewiesen werden können.

RM Quebbemann führt aus, dass er die von RM Lübbe angesprochene sozialdemokratische Handschrift bei der Aufstellung des Haushaltsplanes ebenfalls erkennen können und zwar in Form einer Nettoneuverschuldung. Es würde seitens der SPD Fraktion keinerlei Einsparvorschläge gemacht, sinnvolle Vorschläge anderer Fraktionen würden kategorisch abgelehnt.

Gleichwohl sei die CDU-Fraktion bereit, unter zweierlei Bedingungen dem Haushalt zuzustimmen. Zum einen fordert RM Quebbemann die Aufnahme der 80.000,- Euro für die Photovoltaikoffensive (s. TOP 8), zudem eine Aufnahme von 30.000,- Euro in den Haushalt für die Wiederinbetriebnahme/Neuaufstellung von Alarmierungssirenen.

RM Quebbemann erläutert die aus seiner Sicht gegebene Notwendigkeit der Sirenen; was insbesondere die Flutkatastrophe im Ahrtal im letzten Jahr sowie auch die jetzige Kriegssituation in der Ukraine zeige.

Durch funktionierende Sirenen sei es möglich, die Bevölkerung in Notsituationen rechtzeitig zu warnen.

Diese Meinung werde auch vom Stadtbrandmeister vertreten, der funktionstüchtige Sirenen für wünschenswert erachte.

RM Neils antwortet, dass das Thema Photovoltaikoffensive bereits ausgiebig diskutiert worden sei und hier mehrheitlich die Zuständigkeit bei den Stadtwerken gesehen werde.

Die Forderung der Aufnahme von 30.000,- Euro für Sirenen hält RM Neils für eine populistische Forderung. Zum einen sei der Betrag in der Höhe überhaupt nicht ausreichend, um ggf. mehrere Sirenen in Betrieb zu nehmen, andererseits sei der Katastrophenschutz nicht Aufgabe der Stadt Bramsche. Hier sei der Landkreis zuständig. Auch habe er die Worte des Stadtbrandmeisters anders in Erinnerung und zwar, dass die Sirenen nicht notwendig seien.

Im Übrigen habe die CDU Fraktion in den vergangenen Jahren niemals einem Haushaltsentwurf zugestimmt, welcher unter einer Beteiligung einer SPD Mehrheit aufgestellt worden sei.

Insofern seien auch in diesem Jahr die Stimmen der CDU für die Verabschiedung des Haushaltes nicht notwendig.

Herr Müller ergänzt, dass sowohl der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund als auch der Städtetag davon abraten, Alarmierungssirenen von Seiten der Gemeinden aufzustellen. Die Zuständigkeit dafür liegt beim Landkreis.

RM Quebbemann antwortet, man solle sich hier nicht ausschließlich auf den Landkreis verlassen.

Möglicherweise gebe es irgendwann Förderprogramme, welche eine anteilige Cofinanzierung durch die Städte vorsehen und dann sei es nicht zu verantworten, wenn die Stadt hierfür kein Geld im Haushalt eingeplant habe.

RM Görtemöller ist der Meinung, dass das Katastrophenschutzkonzept des Landkreises Osnabrück abgewartet werden solle.

BGM Pahlmann dankt ebenfalls allen an der Aufstellung des Haushaltes beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung, insbesondere Frau Bodensiek sowie allen beteiligten Mandatsträgern in den Ortsräten, Fachausschüssen und des Rates für die konstruktive Zusammenarbeit.

Er hält den Haushalt 2022 für nachhaltig und zukunftsweisend.

BGM Pahlmann bewertet es durchaus als positiv, dass die CDU-Fraktion offenbar große Teile des Haushaltes für zustimmungswürdig hält, wenn die Zustimmung letztlich nur von zwei Haushaltspositionen und der Gesamtsumme von 110.000,- Euro (80.000,- Euro Photovoltaikoffensive und 30.000,- Euro Sirenen) abhängig sei, was bei einem Gesamtvolumen von über 50.000.000,- Euro vergleichsweise gering sei.

Er betont noch einmal, dass auch er der Meinung sei, dass für die Ansiedlung von Photovoltaikfreiflächen ein vernünftiges Konzept über den Flächennutzungsplan aufgestellt werden sollte.

Da keine weiteren Wortmeldungen zum Haushalt mehr vorliegen, lässt RV Müller zunächst über die Anträge der Veränderungsliste abstimmen.

- 1) Antrag der CDU Fraktion -> Photovoltaikoffensive, Aufnahme von 80.000,- Euro in den Haushalt

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
6 Enthaltungen

- 2) Antrag der CDU Fraktion -> Sirenen, Aufnahme von 30.000,- Euro in den Haushalt

Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen dafür
26 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

- 3) Gemeinsamer Antrag CDU Fraktion u. Bündnis 90/Die Grünen -> Streichung des Ansatzes für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden – Bodenvorratspolitik, -Minderausgabe 400.000,- Euro

Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

- 4) Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion -> Verkauf von Wohnbaugrundstücken im Bereich des ehemaligen Investorenwettbewerbs Große Str./Heinrichstraße, Mehreinnahme 650.000,- Euro

Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür
29 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

- 5) Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion -> Verkauf von Flächen im Bereich Bührener Esch, Mehreinnahmen 600.000,- Euro

Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür
29 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

- 6) Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion -> Streichung des Ansatzes für den Ankauf weiterer Gewerbeflächen, Minderausgabe 500.000,- Euro

Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür
29 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Somit wurden alle Anträge der Veränderungsliste mehrheitlich abgelehnt.

RV Müller lässt über die Vorlage (Haushaltsplan 2022) gem. des o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
9 Stimmen dagegen
6 Enthaltungen

TOP 10.2 Haushaltsplan - Stellenplan 2022

WP 21-26/0081

Beschlussvorschlag:

Die Stellenpläne 2022 (Teil A und Teil B) werden als Bestandteil des Haushaltsplanes 2022 wie in der Anlage dargestellt beschlossen.

RM Reyl erläutert die Vorlage. Im Bereich der Beamten sieht der Stellenplan insgesamt 3 Vollzeitstellen weniger als im Jahr 2021 vor. Im Bereich der tariflich Beschäftigten umfasst der Stellenplan insgesamt 4,21 Vollzeitstellen mehr als im vergangenen Jahr. In Summe liegt somit eine Erweiterung um insgesamt 1,21 Vollzeitstellen vor.

RM Quebbemann führt aus, dass eine Anhebung der Stellenanteile für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen im Tuchmachermuseum gerade während der Coronazeiten nicht zu vermitteln sei, da das Tuchmacher Museum pandemiebedingt deutlich eingeschränkte Öffnungszeiten habe.

BGM Pahlmann und Herr Müller erklären, dass mit der Anhebung der Stundenanteile der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen der Stundenbedarf den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werde. Die entsprechenden Mitarbeiterinnen haben eine hohe Anzahl an Mehrstunden.

RV Müller lässt über den Stellenplan in der vorliegenden Fassung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
9 Stimmen dagegen
6 Enthaltungen

TOP 10.3 Neuberechnung der Ortsratsmittel zur Wahlperiode WP 21-26/0033-1
2021/2026

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die in der Begründung dargestellte Neuberechnung der Ortsratsmittel für die Wahlperiode 2021/2026 (gültig ab Januar 2022) gem. § 93 Abs. 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 7 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Bramsche.

RM Marewitz betont, dass entgegen der Behauptung der CDU Fraktion der Antrag auf Neuberechnung der Ortsratsmittel durch die SPD Fraktion und nicht durch die CDU Fraktion gestellt wurde.

RM Quebbemann erwidert, dass die ursprüngliche Intention für eine Erhöhung und Neuberechnung der Ortsratsmittel durch die CDU erfolgte.

In einer interfraktionellen Sitzung wurde dann schließlich der nun in der Beschlussvorlage eingearbeitete Vorschlag erarbeitet, die Ortsratsmittel durch einen Sockelbetrag sowie anteilige Summen nach Einwohnerzahlen und Fläche der Ortsteile neu zu berechnen.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	35 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	0 Enthaltungen

TOP 10.4 Neuberechnung der Verfügungsmittel zur Wahlperiode WP 21-26/0034-1
2021/2026

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die in der Begründung aufgeführte Neuberechnung der Verfügungsmittel der Ortsbürgermeister/Ortsbürgermeisterinnen und der Ortsvorsteherin /des Ortsvorstehers für die Wahlperiode 2021/2026 (gültig ab Januar 2022) gem. § 93 Abs. 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetz.

RM Reyl erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	35 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	0 Enthaltungen

TOP 11 Offenes Ganztagschulangebot der Grundschule WP 21-26/0067
Bühner-Bach-Schule Achmer

Beschlussvorlage:

Die Stadt Bramsche stimmt dem Antrag der Grundschule Bühner-Bach-Schule Achmer zur Einrichtung eines offenen Ganztagsangebotes an dieser Schule ab dem Schuljahr 2022/23 zu.

Der Antrag wird – auf Grundlage des pädagogischen Konzeptes der Schule – nach Ziffer 2.4 bis 2.7 des Ganztagsschülerlasses (Offene Ganztagschule) gestellt.

Über die Bereitstellung städtischer Haushaltsmittel zur ergänzenden Finanzierung des Ganztagsangebotes wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2022 entschieden.

RM Märkl erläutert kurz die Vorlage und ergänzt, dass die Bühner-Bach-Schule die vorletzte Grundschule in Bramsche sei, welche bislang noch kein Ganztagsangebot anbieten könne. Sie freue sich, dass somit eine weitere Grundschule eine Ganztagsbeschulung anbieten kann.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	33 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	0 Enthaltungen

TOP 12	Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige Erneuerung "Bramsche - Erweiterung Bahnhofsumfeld" Hier: Beschluss über die Änderungssatzung des erweiterten Sanierungsgebiets gem. § 142 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	WP 21-26/0079
--------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Bramsche beschließt auf Grund des § 142 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) in Verbindung mit §§ 10 und 58 (1) Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der am Tag der Beschlussfassung geltenden Fassung die förmliche Festlegung des Erweiterungsgebiets des Sanierungsgebiets „Bahnhofsumfeld“ als Satzung
2. Gem. § 142 Abs. 3 Satz 3 BauGB wird die Frist zur Durchführung des Sanierungsverfahrens ab Rechtskraft der Satzung auf 15 Jahre begrenzt.
3. Die Änderungssatzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Bahnhofsumfeld“ ist einschließlich der Anlagen 1 und 2 dem Satzungsbeschluss beigelegt und somit Bestandteil des Beschlusses.

RM Bergander verzichtet auf eine längere Erläuterung der Vorlage, da diese inhaltlich allen Anwesenden bekannt ist.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	27 Stimmen dafür
	1 Stimme dagegen

5 Enthaltungen

TOP 13 Beantwortung von Anfragen

Es gab in der letzten Sitzung keine Anfragen.

TOP 14 Anfragen und Anregungen

RM Quebbemann schlägt vor, dass auch vor dem Bramscher Rathaus eine ukrainische Flagge zum Zeichen der Solidarität gehisst werden sollte.

BGM Pahlmann antwortet, dass eine entsprechende Flagge beschafft wird.

TOP 15 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Winfried Müller
Vorsitzender

BGM Heiner Pahlmann
Verwaltung

Andree Pfänder
Protokollführer